

Amtsgericht Würzburg

Abteilung für Zwangsversteigerungs- und
Zwangsverwaltungssachen

Az.: 1 K 6/25

Würzburg, 04.11.2025



Terminsbestimmung:

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

Datum	Uhrzeit	Raum	Ort
Dienstag, 10.02.2026	09:00 Uhr	B101, Sitzungs- saal	Amtsgericht Würzburg, Ottostr. 5, 97070 Würzburg

öffentlich versteigert werden:

Grundbucheintragung:

Eingetragen im Grundbuch des Amtsgerichts Kitzingen von Großlangheim

Gemarkung	Flurstück	Wirtschaftsart u. Lage	Anschrift	Hektar	Blatt
Großlangheim	134/3	Gebäude- und Freifläche	Neubaustraße 10	0,0259	3958

Objektbeschreibung/Lage (lt Angabe d. Sachverständigen):

Einfamilienhaus mit KFZ-Stellplätzen; Baujahr 2006; Wohnfläche 137,03 qm; für das Grundstück ist ein KFZ-Stellplatznutzungsrecht im Grundbuch des Nachbargrundstücks eingetragen; Straßenfront ca. 10 m; polygonaler Zuschnitt; das Grundstück ist nahezu eben; errichtet in Holzfertigbauweise; nicht unterkellert; EG und nicht ausgebautes DG mit Walmdach 28 Grad Dachneigung; 2016: Erneuerung des Sole/Wasser-Wärmepumpen-Kompaktgeräts; Baumängel augenscheinlich nicht erkennbar; das Objekt wird durch den Eigentümer selbst genutzt; Energieausweis liegt nicht vor;

Für weitere Ausführungen wird auf das ausführliche und detaillierte Gutachten Bezug genommen.;

Verkehrswert: 361.000,00 €

Weitere Informationen unter www.zvg-portal.de

Der Versteigerungsvermerk ist am 23.04.2025 in das Grundbuch eingetragen worden.

Aufforderung:

Rechte, die zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebotes nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hinweis:

Gemäß §§ 67 - 70 ZVG kann im Versteigerungstermin für ein Gebot Sicherheit verlangt werden. Die Sicherheit beträgt 10 % des Verkehrswertes und ist sofort zu leisten. Sicherheitsleistung durch Barzahlung ist ausgeschlossen.
Bietvollmachten müssen öffentlich beglaubigt sein.